

Irische Ratspräsidentschaft 2013

Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum

Seit Jänner hat Irland für die erste Jahreshälfte 2013 zum insgesamt siebten Mal den Vorsitz im Ministerrat der EU inne. Mit dem Motto „For Stability, Jobs and Growth“ erweckt es einigermaßen große Erwartungen.

Nach dem Beinahe-Kollaps des Finanzsystems im Jahr 2010 hat sich Irland mit seinem Sanierungskurs auch als Vorbild für die europäische Krisenbewältigung etabliert und kehrt gerade auf die Finanzmärkte zurück.

Auch wenn Irland es versucht, ist es fast unmöglich, seine Rolle als Ratspräsident von der Rolle des Krisenbewältigers zu trennen. Allzu oft wird es als Vorbild für die europäische Krisenbewältigung vorgeschoben, insbesondere jetzt, wo eine Refinanzierung durch die Kapitalmärkte wieder möglich scheint. Doch um welchen Preis? Nur wenige irische Kennzahlen sind vorbildhaft. So rechnet man zwar mit 0,9 Prozent Wirtschaftswachstum für das vergangene Jahr, doch die strenge Austeritätspolitik hat die Arbeitslosigkeit auf fast 15 Prozent gesteigert. Bei jungen Menschen ist diese Quote fast doppelt so hoch. Angesichts dieser Zahlen wundert es kaum, dass es Ziel der irischen Ratspräsidentschaft ist, Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum zu fördern, nicht nur, um Europa wieder auf Schiene zu bringen.

KNACKPUNKT FINANZRAHMEN

Im Mittelpunkt steht weiterhin der Abschluss der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Nachdem das EU-Parlament den Anfang Februar auf Ministerebene mühsam erzielten Konsens ablehnt, will Irland versuchen, mit dem Europaparlament zusammenzuarbeiten und so rasch wie möglich einen Abschluss für den EU-Finanzrahmen erreichen.

HAUSHALTSSANIERUNG

Bei der Sanierung der irischen Staatsfinanzen gibt es also Fortschritte zu berichten. Das Haushaltsdefizit ist im vergangenen Jahr auf rund acht Prozent der Wirtschaftsleistung gesunken, jedoch stiegen die Staatsschulden auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung. Erst 2015 soll Irland das Drei-Prozent-Ziel der EU bei der

Neuverschuldung wieder erreichen. Einen wesentlichen Teil seiner Schulden hat Irland aber im Zuge der Bankenrettung angehäuft. 85 Milliarden Euro umfasste das Rettungspaket insgesamt, wovon aber allein 35 Milliarden Euro an Banken gingen.

In diesem Zusammenhang darf auch gesehen werden, dass nicht nur die Erholung der Wirtschaft sondern auch das Thema der Bankenaufsicht eine wesentliche Rolle während der Präsidentschaft spielt. So soll die Bankenunion in den 17 Euro-Ländern vorangetrieben werden, nachdem 2012 die Weichen für eine gemeinsame Bankenaufsicht gestellt wurden. Die Aufsicht soll zukünftig auch die unmittelbare Auszahlung von europäischen Hilfgeldern an Banken ermöglichen. Zusätzlich sollen durch die unter dem Namen „Two Pack“ bekannten Bestimmungen neue Instrumente zur Krisenbekämpfung etabliert werden. Dem EU-Parlament ist es dabei insbesondere durch den Einsatz sozialdemokratischer Abgeordneter gelungen, dass es nicht nur zu einseitigen Haushaltskürzungen kommt, sondern auch Spielräume für Investitionen bestehen bleiben.

GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

Angesichts der erschreckenden Zahlen, was die Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa und insbesondere auch in Irland betrifft, ist die Auseinandersetzung mit dem Thema unausweichlich. Um Europa langfristig zu retten, muss man den jungen Menschen eine Perspektive bieten und sie begeistern. Im Zentrum der EU-Agenda steht dabei das Thema der Jugendgarantie. Diese bedeutet ein Maßnahmenpaket, das allen Jugendlichen eine Beschäftigung oder Ausbildungsmöglichkeit garantieren soll. Im Ministerrat wurde dabei ein erster Erfolg erzielt. Ab 2014 stehen jenen Regionen, die besonders von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind, im Zeitraum 2014

bis 2020 finanzielle Mittel in Höhe von 6 Milliarden Euro zur Verfügung. Zusätzlich hat sich Irland vorgenommen, ein beschäftigungsfreundliches Umfeld in Europa zu fördern. Das ist zwar ein Anfang, aber noch lange nicht genug.

WEITERE VORHABEN

Schwerpunkte legt Irland auch auf Fortschritte bei der Umsetzung der sogenannten Digitalen Agenda, beim Binnenmarkt, bei Handelsabkommen mit Drittstaaten, beim gemeinsamen Asylsystem sowie beim Kampf gegen Armut und Hunger. Auch die Erweiterung der EU wird weiterhin eine Rolle spielen. Hierbei will Irland auf eine glaubwürdige Politik der Beitrittswerber unter Beibehaltung der Auflagenpolitik setzen.

STEFAN ONZEK,
JG Döbling



FACTBOX

Irland hat eine neue Trio-Ratspräsidentschaft mit Litauen und Griechenland begonnen. Es ist dies die siebte Präsidentschaft Irlands nach 1975, 1979, 1984, 1990, 1996, 2004. Es gibt dazu auch eine eigene Website „eu2013.ie“, die in den drei Arbeitssprachen der EU: Deutsch, Englisch und Französisch sowie auf Irisch zur Verfügung steht.